

ROTE HILFE

HERAUSGEGEBEN VON DER
ÖSTERREICH, ROTEN HILFE

DEZEMBER 1920

Preis 10 g



Die Auslieferung Mavraks.

Wieder einmal beschäftigt sich die proletarische Öffentlichkeit mit der Auslieferung eines politischen Flüchtlings. Seit dem 15. Juli 1927 **der vierte Auslieferungsskandal!**

Unter dem Drucke der Massenproteste des In- und Auslandes sagte es nicht die österreichische Regierung **Bela Kun** auszuliefern, obwohl sie lange genug mit diesem Gedanken liebäugelte. **Auch der politische Flüchtling Koffardschieff**, gegen den ein erschwindetes Auslieferungsbegehren seitens der ungarischen Regierung gestellt wurde, sollte ausgeliefert werden. Das Landgericht hat bereits seine Auslieferung beschlossen, aber angesichts der Fülle von Beweisen von der Unschuld Koffardschieffs mußte der Justizminister seine Auslieferung ablehnen.

Bartol Burcul, ein Arbeiter Jugoslawien, wurde in Oesterreich verhaftet und auf Verlangen der jugoslawischen Mörder-Regierung ausgeliefert. Diese Auslieferung war die erste Justizministertat des Herrn Slama, der auch über das Schicksal Mavraks jetzt zu entscheiden hat.

Im Auslieferungsbegehren gegen Mavrak wird gesagt:

... Gegen Anton Mavrak hat der Untersuchungsrichter die Untersuchung wegen des erwähnten Vernehmens (Bestellter Mord und Körperverletzung. Die Red.) eingeleitet. Nachdem Anton Mavrak laut Untersuchungsergebnis gleich nach Verhaftung seines Mittäters, Ivan Konrad, aus Zagreb spurlos verschwunden ist, hat der Königl. Gerichtshof in Zagreb gegen ihn einen Steckbrief auslassen. Der in dieser Angelegenheit verhaftete Ivan Konrad hat bei der Polizei ausgesagt, daß ihn Anton Mavrak am kritischen Tage um 10 Uhr auf die Koturska-Straße zu einem überredet habe, zur Brücke, die den Hauptbahnhof mit der Koturska-Straße verbindet, da er ein Streikbrecher (Stjepan Mistic) sein und tätlich angreifen wollte.

... Bartol Burcul, welcher in der Zwischenzeit dem hiesigen Gericht eingeliefert wurde, verneint seine Mittäterschaft. Bezüglich Mavraks erklärt er, daß die Photographie Mavrak ähnlich sei, aber im Einklang mit seiner Verteidigung **verneint er am erwähnten Abend und**

Ort mit Anton Mavrak zusammengekommen zu sein.

Schauen wir mal zu, wie es um die Wahrheit dieser Behauptungen bestellt ist: **Konrad** hat bei der Verhandlung seine Aussagen zurückgezogen und erklärt, daß sie ihm **durch Folterungen abgezwungen wurden**. Konrad, der unter diesen Folterungen auch sich selbst schwer belastete, **wurde freigesprochen**, weil das Gericht die **Erpressung dieser Aussagen einsehen mußte**. Was das Verschwinden Mavraks nach der Tat betrifft, hat Mavrak eine polizeiliche Bestätigung erbracht, daß er bereits **seit zwei Jahren nicht in Agram war**. Wenn die jugoslawischen Gerichte Mavrak im Falle einer Auslieferung wegen dieser Anklage auch nicht verurteilen werden, so befindet er sich doch in größter Gefahr, weil er ein bekannter Kommunist ist und soll wegen seiner revolutionären Tätigkeit an ihm Rache genommen werden.

Burcul war in demselben Prozeß wie Mavrak angeklagt; auch ihm hat die jugoslawische Regierung einen Mord angedichtet. Das Gericht mußte ihn jedoch freisprechen, da trotz der durch Folterungen erpreßter Protokolle kein Beweismaterial zusammengetragen werden konnte. Burcul wird aber wegen seiner politischen Tätigkeit in Jugoslawien weiter verfolgt. Es liegt also hier eine Verletzung des Spezialitätsprinzips vor, welches besagt, daß ein Ausgelieferter nur wegen dieses Deliktes verurteilt werden kann, welches als Grund für das Auslieferungsbegehren angegeben wurde. Die österreichische Regierung ist jedoch den Terror- und Faschisten-Regierungen gegenüber nicht empfindlich und nichts kann sie in ihrer weiteren Hilfeleistung für das Mordregime dieser Länder stören und so bereitet sie sich vor, einen zweiten unerhörten Skandal zu begehen und auch Mavrak auszuliefern.

Noch hat der Justizminister über die Auslieferung nicht entschieden, aber seine Haltung in dieser Sache zeigt, in welcher Gefahr sich Mavrak befindet. Auf die Interpellation des Abgeordneten Austerlitz im Parlament, der gegen eine Auslieferung Stellung nahm, erlaubte er sich eine Erwiderung, die sich keiner seiner Vorgänger leistete. Für gewöhnlich versuchten immer die diplomatischen Minister zu sa-

gen, „sie werden den Akt prüfen, sie seien prinzipiell gegen Auslieferung politischer Emigranten“ usw. Sie versuchten so, ihre Feindseligkeit gegen proletarische Emigranten zu verschleiern. Herr Justizminister Slama fühlt sich aber, mit Rücksicht auf den faschistischen Kurs in Oesterreich, stark genug, um auch auf diesen Schein verzichten zu können. Und so sagte er, daß er darüber keine Auskunft geben könne, da das Gerichtsverfahren noch läuft. Er versteckte sich also hinter Formalitäten, um so der Antwort auf eine Frage über ein Menschenleben, die in aller Öffentlichkeit an ihn gerichtet wurde, auszuweichen.

Es gelingt jedoch dem Herrn Minister nicht, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von dem Fall Mavrak abzulenken. Im Gegenteil, **mit jedem Tage wächst die Empörung der Arbeiterschaft Oesterreichs und außerhalb der Grenzen dieses Landes. Täglich kommen Dutzende Protestschreiben und Resolutionen gegen die beabsichtigte Auslieferung. Auch Delegationen werden von der Arbeiterschaft und Organisationen geschickt. Der Kampf der „Roten Hilfe“ gegen diese Auslieferung umfaßt immer größere Schichten der Werktätigen.**

Es ist klar, daß es hier nicht nur um die Rettung eines einzelnen Arbeiterlebens geht, daß es sich hier nicht nur um einen Kampf um das Asylrecht handelt, sondern, daß dieser Anschlag auf ein Arbeiterleben und auf das Asylrecht im Zusammenhang mit dem verschärften Kurs gegen die österreichische Arbeiterschaft zu betrachten ist. Vom 15. Juli 1927 bis 7. Oktober 1928 sehen wir eine Kette der Verfolgungen revolutionärer Arbeiter und der Fall Mavrak ist nur ein Glied in dieser Kette. Nach der sogenannten Amnestie anlässlich der zehnjährigen Republikfeier werden täglich neue Verhaftungen von Arbeitern vorgenommen. Vier Pottendorfer Proleten sitzen im Wiener - Neustädter Kreisgericht, weil sie es nicht zulassen wollten, daß am 12. November, am Jubiläumstage der Republik, die Faschisten einen arbeiterfeindlichen Aufmarsch abhalten. In Brunn am Gebirge wurden mehrere Arbeiter verhaftet, weil sie gegen das brutale Vorgehen der Wachebeamten gegen Arbeiter Stellung nahmen. Massenverhaftungen von Arbeitern, Gummiknüppel, von

der Polizei beschützter Streikbruch und Faschistenaufmärsche sind „normale“ Erscheinungen der österreichischen Republik.

Die „Rote Hilfe“ wird in dieser politischen Situation jeden Tag vor neue und größere Aufgaben gestellt. Sie wird unermüdlich den Kampf gegen die faschistischen Methoden weiterführen. Sie wird in jedem Fall von Verhaftungen von Arbeitern

Proteststurm gegen die Auslieferung Mavraks.

Es ist uns leider aus Platzmangel nicht möglich, die vielen Abschriften der Protestresolutionen und Telegramme an das Bundeskanzleramt zu bringen, welche uns täglich zugeschickt werden. In Wien haben die Arbeiter in unzähligen Versammlungen solche Resolutionen angenommen u. a. in den Bezirken III., III., XI., XIV. und XVI. Auch Betriebe sandten Protestschreiben, ebenso Graz, Eisenerz, Salzburg, Höring, Grünbach, Möllersdorf usw. Die „Rote Hilfe Deutschlands“ sandte im Namen ihrer 190.000 Mitglieder und Hunderttausender Sympathisierender ein Protestschreiben. Täglich laufen neue Schreiben und Telegramme ein, die die sofortige Freilassung Mavraks verlangen. In der am 30. November stattgefundenen Protestkundgebung wurde nachstehende Resolution angenommen und an das Bundeskanzleramt abgesandt. Die Grünbacher Arbeiter entsandten am 3. d. M. eine Delegation in das Justizministerium.

RESOLUTION.

Die am 30. November 1928 im Gasthaus „Zur Sängerkapelle“ versammelte Arbeiterschaft erhebt schärfsten Protest gegen den Beschluß des Landesgerichtes, den politischen Emigranten Anton Mavrak an die jugoslawische Blutjustiz auszuliefern.

Die Entscheidung über die Auslieferung liegt jetzt beim Justizministerium. Die Arbeiterschaft verfolgt mit größter Aufmerksamkeit den Fall Mavrak und erinnert das Justizministerium in energischer Weise an das Asylrecht, auf Grund dessen Mavrak nicht ausgeliefert werden darf.

Die Versammlung verweist hiebei auf den Fall des italienischen Emigranten Morelli, dessen Auslieferung die Faschisten-Regierung Mussolinis von der französischen verlangt hat. Auch Morelli wurde von den faschistischen Henkern ein Mord an einem Polizisten zur Last gelegt; auch das Pariser Gericht hat die Auslieferung beschlossen.

Diese Auslieferung wurde jedoch von dem französischen Justizminister abgelehnt und Morelli auf freiem Fuß belassen.

und proletarischer politischer Emigranten die Arbeiterschaft mobilisieren.

In dem Fall Mavrak rufen wir den Werktätigen zu: Helft uns Genossen, ein Arbeiterleben zu retten, erhebt eure Stimme gegen die Auslieferung Mavraks.

Ruft laut und mächtig, gemeinsam mit uns:

Sofortige Freilassung Mavraks!

Wir fordern von der österreichischen Regierung, daß sie, ebenso wie die französische, es ablehnt, Henkendienste für das Mordregime der Terror- und Faschistenländer zu leisten. Die Arbeiterschaft erklärt, daß sie es nicht ruhig zulassen wird, daß ein politischer Emigrant nach dem anderen seinen Verfolgern in die Hände gespielt wird.

Anton Mavrak wird als führender Gewerkschaftsfunktionär in Jugoslawien von seiner Regierung verfolgt und soll nun, wenn er ausgeliefert werden sollte, unschädlich gemacht werden. Ein Proletarierleben ist in Gefahr.

Wir verlangen entschieden die Ablehnung des Auslieferungsbegehrens Jugoslawiens und die sofortige Freilassung Anton Mavraks.

Schluß mit den Asylrechtsbrüchen!

Schluß mit den Auslieferungsmethoden der österreichischen Regierung!

Sofortige Freilassung Anton Mavraks!

*

Wien, den 24. November 1928.

An das

Bundeskanzleramt,
Wien I.

Die am 24. November 1928 stattgefundene Vollversammlung der Arbeiter-

schaft der Firma Pittel & Brausewetter, Wienerberg, hat beschlossen, an den Herrn Bundeskanzler Dr. Ignaz Seipel folgendes Protestschreiben zu richten.

Wir protestieren auf das energischste gegen die geplante Auslieferung des jugoslawischen Arbeiters Mavrak. Es ist nicht zum ersten Male, daß die österreichische Regierung unter dem Deckmantel irgend eines Kriminalverbrechens revolutionäre Arbeiter an die Regierungen der Balkanstaaten ausliefert. Dasselbe ist auch in diesen Fällen zu befürchten.

Wir fordern den Bundeskanzler auf, alle Maßnahmen zu treffen, diese Auslieferung nicht stattfinden zu lassen.

*

Protest aus Frankreich

27. November 1928.

Das Komitee zur Bekämpfung des weißen Terrors und des Faschismus sandte an das Bundeskanzleramt folgendes Telegramm:

„Im Augenblick, da Sie als höchste Instanz über die verlangte Auslieferung des jugoslawischen Journalisten Anton Mavrak, des jugoslawischen politischen Emigranten entscheiden, versichern wir nach Prüfung dieses Falles, absolute Unschuld Mavraks, der infolge von bereits falsch anerkannten Erklärungen beschuldigt wird. Wir erinnern an Bartol Burcul, welcher von den österreichischen Behörden derselben Beschuldigungen halber an Jugoslawien ausgeliefert wurde und der trotz Möglichkeit Verurteilung zu motivieren von der serbischen Polizei wegen politischer Tätigkeit weiter verfolgt wird. Wir beschwören Sie, dieses Mal das Prinzip des Asylrechtes, das letzterem Frankreich in der Affäre des Italieners Morelli respektiert wurde, zu erhalten.“

Henri Barbuss
Marcel Villard.

Das Wüten des weißen Terrors.

Hilfe den Opfern!

Laut unvollständigen Aufzeichnungen wurden in den 54 kapitalistischen, kolonialen und halbkolonialen Ländern in der ersten Hälfte 1928 allein 34.765 neue Verhaftungen vorgenommen. In 35 Ländern fanden 907 Prozesse statt, die mit Gefängnis- und Zuchthausurteilen von insgesamt 6650 Jahren gegen 3000 Revolutionskämpfer endeten.

Im Juli, August und September d. J. setzten auch Massenverhaftungen in Rumänien, Bulgarien, Jugo-

slawien, Griechenland, Polen ein. Gleichzeitig stieg auch die Zahl der Massenprozesse. Im Klagenfurter Prozeß der „76“ in Rumänien wurden bereits jahrzehntelange Zuchthausurteile gefällt. Der Prozeß der 108 Dobrudschaner Bauern in Konstanza, der „Verschwörerprozeß“ in Galatz und der Prozeß gegen 59 Bergarbeiter in Hermannstadt, stehen noch bevor. In Japan schwebt ein Riesenprozeß gegen 333 Revolutionskämpfer und in Wilna endete

ein Prozeß mit Gefängnisurteilen bis zu 40 Jahren (der zweite Prozeß der weißrussischen Hromada). In Italien bleiben die Sondergerichte keinen einzigen Tag untätig. Im Verlauf von 9 Monaten des Jahres 1928 wurden italienische Revolutionäre von den Sondergerichten zu insgesamt 3500 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Parallel mit der Zunahme der Verurteilungen kann man in vielen Ländern eine Verschlechterung des Gefängnisregimes beobachten. In Polen wurden die politischen Gefangenen laut Verordnung des Präsidenten vom 1. Juli 1928 den Kriminalverbrechern gleichgestellt, wobei die zu langjährigen Strafen Verurteilten noch in Gefängnisse mit besonders schwerem Regime, wie das Zuchthaus in Wronki, das gewöhnlich mit dem Namen „polnisches Sachalin“ bezeichnet wird, oder in die Festungen in Grodno und Graudenz, das Zentralgefängnis in Wilna u. a. überführt werden. Im Belgrader Gefängnis „Glawnjatza“ werden die Politgefangenen, darunter auch Frauen

Minderjährige, in unterirdischen Kellern gehalten. In Italien werden die Politgefangenen einem sicheren Tod ausgesetzt; die schwerkranken Genossen Gramsci, Terraccini, Azzarino, werden ohne ärztliche Hilfe gehalten. Die meisten Gefangenen befinden sich in feuchten Kellerzellen der mittelalterlichen Schlösser einmurmelt (San Stefano, Brescia, u. a.) „Die Kost der Gefangenen“, schreibt man aus dem Rigaer Unterungsgefängnis, „besteht aus einem unreinen braunen Getränk, das Sauer Kohl oder Gerstensuppe, einem Stückchen faulen Fleisches und am Abend aus dünner Gerstensuppe oder 5 bis 6 halbverwulten Kartoffeln und heißem Wasser.“

„In den Zellen gibt es kein Licht, keine Ventilation und im strengsten Winter wird nicht geheizt. Da die Abflutung überhaupt nicht funktioniert und die Wände feucht sind, die Zellen des Gefängnisses Doftana in Rumänien sind echte Steinröhren für die Gefangenen.“ (Aus einem Bericht von Prof. Radulesku, Dozent für Kriminologie an der Universität Jassy.)

Noch schlechter sind die Lebensbedingungen der Gefangenen in den kolonialen und halbkolonialen Ländern. In China befinden sich alle, die nicht sofort dem Henker übergeben werden, unter derart schweren Bedingungen, daß sie kaum am Leben bleiben dürften. „Die halbverwesten



Gefängnis in Chicago. Wegen Ueberfüllung schlafen die Häftlinge im Korridor.

Körper wimmeln von Ungeziefer. Die Gefangenen bekommen entweder gar keine Nahrung und leben nur von dem, was man ihnen von außen hereinschmuggeln kann oder man gibt ihnen zweimal täglich eine Handvoll Reis. Das ständige Hungern, die unglaublichen antihygienischen Zustände und der barbarische Strafvollzug ziehen schwere Erkrankungen und erschreckende Sterblichkeit nach sich . . .“ (Aus dem Material des Chinesischen Hilfskomitees für die Opfer der Befreiungsbewegung.)

In Indonesien wurden viele Tausende von Arbeitern und Bauern, Teilnehmer des Aufstandes im vorigen Jahre, nach fiebergefährlichen Konzentrationslagern, wie z. B. Digul verbannt, wo sie durch Krankheiten und die klimatischen Verhältnisse zugrunde gehen.

„Ein Teil der Inhaftierten in Bengalen (Indien) wird in Dörfern interniert, wo sie unter unerhörten Zu-

ständen leben. Die für die Gefangenen bestimmten Hütten haben oft kein Dach. Die Gefängniszellen haben keine Beleuchtung. Man schläft im Winter auf dem feuchten Boden unter einer zeretzten dünnen Decke.“ (Aus der Broschüre N. Tagors: „Der Terror in Indien.)

Wenn die Zahl der gefangenen und verbannten Revolutionäre mehrere Zehntausende beträgt, so zählen ihre Familienangehörigen nach Hunderttausenden.

Diese schrecklichen Tatsachen sprechen nur allzu klar für die gebietende Notwendigkeit einer Verstärkung der Hilfeleistung für die Opfer des weißen Terrors, insbesondere angesichts der bevorstehenden Winterperiode, die den politischen Gefangenen, Verbannten, Politemigranten und den Familien der gefallenen und verfolgten Revolutionskämpfer schwere Entbehrungen bringen wird.

Der Regierungswechsel in Rumänien.

Für die allgemeine politische Amnestie.

Die Regierung der Liberalen ist gestürzt. Julius Maniu, der Vorkämpfer des rumänischen Nationalismus in der österreichisch-ungarischen Monarchie, der Führer der national-zaranistischen Massenpartei hat die neue Regierung gebildet.

Die Blätter der Nationalen Bauernpartei haben jahrelang einen immer hef-

tigeren Kampf gegen den Terror der liberalen Oligarchie geführt, der systematisch die revolutionäre Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften, die unzufriedenen Bauern und fortschreitend auch die oppositionelle Bourgeoisie mit dem Belagerungszustande, der Kriegsgerichte und der Siguranza unterdrückte. Die Führer der Nationalzaran-

sten haben immer breitere Massen zum Kampf um den Sturz der Regierung des Hauses Bratianu mobilisiert und sie haben, wo immer diese Massen zu praktischen wirksamen und entscheidenden Mitteln greifen wollten — wie anlässlich der Massenversammlung von Alba Julia — diese Massen zurückgehalten und in die Bahnen der „Legalität“, d. h. in die Bahnen des vom Belagerungszustand, den Kriegsgerichten und der Siguranza nicht Verbotenen, gedrängt.

Die Nationalzaranisten haben ihren Kampf geführt im Namen und unter der Zustimmung des ganzen Volkes: Für die Einhaltung der verfassungsmäßigen Bestimmungen, für die Wahrung der politischen Freiheiten, gegen die Zensur, gegen die Siguranza-Prozesse und gegen die Kriegsgerichte. Das rumänische Volk und die europäische Öffentlichkeit erwarten von der neuen Regierung nicht nur einen Personenwechsel, sondern eine Systemänderung.

Herr Vajda-Voevod, ehemaliger Ministerpräsident und einer der prominentesten Führer der Opposition hat vor dem Klausenburger Kriegsgericht, im letzten Monsterprozeß als Zeuge einige Erklärungen abgegeben. Er sagte, daß die Nationalzaranisten, wenn sie zur Regierung kämen, nicht

wie die Liberalen ohne gesetzliche Grundlage politische Gegner, z. B. Kommunisten wegen ihrer Tätigkeit einsperren würden. Die Nationalzaranisten würden, meinte Vajda-Voevod, die Kommunistische Partei und kommunistische Propaganda **gesetzlich verbieten**. Man sieht also aus dieser Erklärung, daß die Nationalzaranisten ihre freibleiblichen Versprechungen gemacht, um die Sympathie der Volksmassen zu gewinnen. Kaum haben sie die Regierung übernommen, und schon sind alle Versprechungen vergessen. Der Belagerungszustand ist zwar aufgehoben, aber die Kriegsgerichte arbeiten weiter. Noch ist Bujor, um den die Blätter der Nationalzaranisten kämpften, für den ihre Abgeordneten interpellierten, im Gefängnis, noch ist Boris Stefanoff, noch sind die Verurteilten der ganzen letzten Terrorprozesse in ihren Kerkergräbern. Die Werktätigen müssen den Kampf führen und die Maniu-Regierung zwingen, die Versprechungen, die sie dem Volke gegeben, nicht zu verraten. **Die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen, die Abolition der anhängigen Prozesse wegen politischer und gewerkschaftlicher Tätigkeit, dann die allgemeine politische Amnestie** müssen zu ihren ersten Handlungen gehören.

ker und gebrochener Mensch. Die Genossen aus Rumänien verhalten ihm zu seiner Reise ins Ausland.

Als erster Zufluchtsort war für Ivanus Wien, wo er und seine zwei Kinder von der Oe. RH. versorgt wurden. Aertzliche Hilfe wurde zur Verfügung gestellt und alles getan, um die Leiden des Genossen zu lindern. Nachher übernahm ihn die RH. Deutschlands und brachte ihn in ein Sanatorium. Es wurde alles versucht, um den Genossen zu retten, aber es war alles gescheitert. Seine Gesundheit war durch die furchtbare Gefängnisregime, durch die Qualen, Folterungen und Hungerstreiks der zugrunde gerichtet, daß eine Rettung nicht mehr möglich war und so mußte Genosse Ivanus im Alter von 45 Jahren vom Leben scheidet.

In den Gefängnissen Rumäniens befinden sich hunderte politische Gefangenen unter ihnen Bujor und Stefanoff. Der Fall Ivanus ist kein Einzelfall, er zeigt uns, welcher Gefahr sich die Genossen dort befinden und mahnt die internationale Arbeiterschaft zum Kampfe gegen das mörderische Gefängnisregime in Rumänien für die Befreiung der Gefangenen aus den Todeskammern der Kerker.

Die neue rumänische Regierung hat eine Amnestie in „Aussicht“ gegeben. Die rumänische Arbeiterschaft rüstet sich zum Kampf für eine wirkliche Amnestie. Die Arbeiterschaft muß vom gesamten internationalen Proletariat unterstützt werden, damit die politischen Gefangenen in Rumänien nicht dasselbe Schicksal ereilt wie den Genossen Ivanus.

Ein Opfer des rumänischen Folterregimes.

Genosse Konstantin Ivanus gestorben.

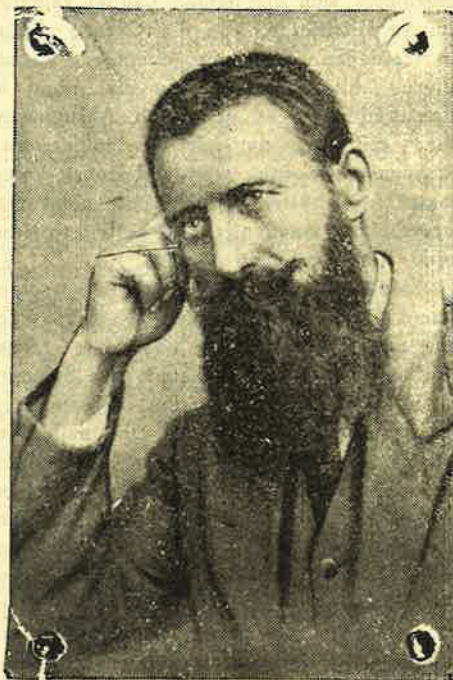
Zu den unzähligen Opfern des Mordsystems der rumänischen Siguranza ist nun noch ein neues hinzugekommen. Im Virchov. Krankenhaus in Berlin starb der rumänische Kommunist Konstantin Ivanus nach langer, schwerer Krankheit.

Ivanus war Holzarbeiter und stammte aus einer Bauernfamilie. Immer auf dem radikalen Flügel der Arbeiterbewegung stehend, hatte er schon kurz nach dem Kriege und sogar schon während des Krieges Verbindung mit den noch völlig illegal bestehenden kommunistischen Gruppen. Seit dem Jahre 1921 gehörte er dem Zentralkomitee der kommunistischen Partei Rumäniens an und war Mitglied des Zentralvorstandes der Holzarbeitergewerkschaft.

Groß war das Vertrauen der Arbeiterschaft, insbesondere der Holzarbeiter und der Bauernschaft zu Ivanus. Stark war sein Einfluß. 1924 wird er verhaftet. Wieder freigelassen. Im Jahre 1925 von neuem verhaftet, wird er im Prozeß gegen das Zentralkomitee der rumänischen kommunistischen Partei zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Im Jahre 1927 hat er seine Strafhaft beendet und wurde in Freiheit gesetzt. Ivanus hat als Schwerverkrankter, mit Lungen- und Kehlkopftuberkulose, das Gefängnis verlassen. Nach den Folterungen in der Siguranza, die jeder politische Gefangene durch-

machen muß, weil diese Banditengesellschaft nur auf diese Weise ihre lügnerischen Protokolle erpressen kann, kam er in das Gerichtsgefängnis, unter einem Regime, welches eine langsame physische Vernichtung bedeutet. Und nun entkam Ivanus nach zwei Jahren diesen Qualen, als kran-



Konstantin Ivanus.

Schäbige Polizeimethoden gegen politische Emigranten

Daß die Wiener Polizei und ihr ahmend die Polizei anderer Städte Oesterreichs ihren Arbeiterhaß insbesondere gegen proletarische politische Emigranten konzentrieren, haben wir öfter aufgezeigt. Was aber die Polizei in der letzten Zeit sich auf diesem Gebiete leistet, ist unheard of, ist geradezu eine Provokation der gesamten Arbeiterschaft.

Am 3. Oktober d. J. wurde der politische Emigrant Glutschkoff aus Wien durch die R. H. verhaftet. Glutschkoff gehört der nationalrevolutionären Bewegung an und wird wegen seiner Tätigkeit in Bulgarien verfolgt. Nichts anderes gegen ihn vor, als uns zu sagen, daß er ohne Paß über die österreichische Grenze kam — was ja bei jedem politischen Flüchtling selbstverständlich ist. Solche Verhaftungen, und aus demselben Anlasse, hat die Polizei auch früher schon vorgenommen. Das neue aber ist jetzt, daß sie den Verhafteten volle zwei Monate in Schubhaft sitzen ließ, um seine Identität festzustellen. Die bulgarische Henker-Regie-

nung soll ihr ein Zeugnis über Glutschkoff ausstellen. Bis zum Eintreffen dieser Antwort aus Bulgarien wird der Verhaftete festgehalten. Es ist nur zu selbstverständlich, daß die bulgarische Regierung sich nicht beeilt, eine Antwort zu geben. Wenn es einem Proletarier gelingt, den Gefangenen Bulgariens zu entkommen, so soll er im österreichischen Kerker bleiben, so lange es geht.

Nach zwei Monaten kam die Antwort Glutschkoff würde abgeschafft. Das Recht des Ausgewiesenen, einen Rekurs erheben, ist jetzt nur noch auf dem Papp geblieben. Man erklärte Glutschkoff, falls er Rekurs erhebe, müsse er im Polizeigefängnis die Entscheidung über denselben abwarten. Wenn er aber auf den Rekurs verzichte, so kann er gleich an die Grenze gestellt werden. Es ist klar, daß man nach drei Monaten Haft im Wiener Polizeigefängnis genug davon hat, und so war Glutschkoff gezwungen, auf den Rekurs zu verzichten und wurde an die Grenze gestellt.

Ein noch unerhörterer Skandal ereignete sich bei der Grazer Polizei. Dort ist ein bulgarischer Emigrant, Alexieff, der über die jugoslawische Grenze kam, **Ausweislosigkeit** verhaftet. Die R.H. hat sofort ihren Rechtsanwalt, um für ihn zu intervenieren. Auf die Mitteilung der Polizei, daß sie beabsichtige, den Verhafteten an die jugoslawische Grenze zu

stellen, verlangte er, daß das nicht gemacht wird, da die jugoslawische Grenze eine Gefahr für den Flüchtling bedeute. Es wurde auch dem Anwalt **versprochen**, daß er **nicht** an die jugoslawische Grenze gestellt wird, falls er das Geld für die Reise bis zu einer anderen Grenze erlegen wird. Die R.H. erklärte sich bereit, dieses Geld zu erlegen. Aber was bedeutet für eine österreichische Polizei ein Versprechen oder eine Vereinbarung! Ihr ist vor allem heilig die Verfolgung der Arbeiterschaft und wenn sie schon einen politischen Emigranten in die Hand bekommt, so tut sie das, was für ihn am schlechtesten ist. Und so erfuhr der Anwalt, als er zum zweiten Male kam, daß Alexieff **bereits an die jugoslawische Grenze gestellt wurde**.

Dasselbe Spiel wie bei den 10 jugoslawischen Emigranten, die von derselben Grazer Polizei im März l. J. an Jugoslawien ausgeliefert wurden, obwohl sie den Verhafteten sagte, daß sie nach Wien fahren und ihnen auch das Geld für die Reise nach Wien abnahm.

Im Rahmen des faschistischen Kurses ist Oesterreich das Land geworden, wo politische Emigranten am meisten und am schwersten verfolgt werden. Die österreichische Arbeiterschaft muß gegen diese Methoden den schärfsten Kampf aufnehmen.

Brief an die Oesterreichische R.H.

Werte Genossen!

Fühle mich veranlaßt, einige Zeilen an Euch zu richten.

Vor allem teile ich mit, daß ich am 2. Oktober enthaftet wurde, der Rest der Strafe wurde bedingt mit 5jähriger Bewährungsfrist im Gnadenwege nachgesehen, somit vorläufig 2 Monate noch zu sitzen.

Es hat mich gefreut und gestärkt, daß die Oe R.H. nicht nur meiner Frau, sondern auch mir im Kerker wiederholt Geld angewiesen hat, wodurch ich in der Lage war, mir etwas zuzubessern, wofür ich nun danke. Dank auch für den Besuch des Genossen Dr. Schönhof, welcher mir gesandt wurde, zwecks Wiederaufnahme des Verfahrens. Auch den Genossen vom XX. Bezirke danke ich für seinen Besuch im Kerker. Es ist Trost und Freude, wenn man weiß, daß man nicht vergessen ist. Habe auf Mitgl.-Nr. 8080 meine Beiträge von S 1.50 bis Juni, das ist, bis zu meinem Straftritt, bezahlt, daher ersuche ich nun, das mich jemand, der mit dem Kassieren im XX. Bezirke betraut ist, besucht, da ich nun in Arbeit bin, und ich und meine Frau unsere Beiträge weiterzahlen wollen, um so der R.H. es möglich zu machen, Genossen, welche im Kerker schmachten, zu unterstützen dadurch, daß wir unsere Beiträge weiterzahlen.

Mit Rote-Hilfe-Gruß: D. R.

Unerwartete Rettung.

Erinnerungen eines bulgarischen Emigranten.

Von Luka Lugowik.

Es war im Oktober des Jahres 1925. Auf der Station Týrnowo-Sejmeni hatte ich mich den Wächter und den begleitenden Geopolizisten durch eine List getäuscht und war aus meiner Haft geflüchtet. Fast drei Tage wanderte ich im Meseker Berggebiet, hungernd, unter unerträglichem Frost, und heftiger Kälte leidend. Meine Hände waren blutunterlaufen und mit blauen Flecken bedeckt. Den Hut hatte ich verloren und meine von den Aerzten zerrissenen Kleider hingen in Lumpen von meinem Rücken herunter. Das Gesicht war durch die kalten Zweige zerrissen. Dazu litt ich noch an heftigen Malaria-Anfällen. Durch ungläublichen Entbehren kam ich endlich an die griechisch-bulgarische Grenze, die ich in einer Gegend überschritt, die Fluß Arda unmittelbar an der steilen Bergkette vorbeifließt und — durch die enge Bergschlucht vom bulgarischen ins griechische Gebiet überströmend — frei ins Tal tritt und im Herbst und Winter undurchgängliche Sümpfe bildet.

Hunger und Krankheit zwangen mich, da ich weder Weg noch Sprache kannte, mich freiwillig der griechischen Grenzpolizei

zu übergeben. Ich hoffte, daß man mich als politischen Emigranten in Griechenland lassen würde.

Nein, ich hatte kein Glück! Eben in dieser Zeit wurde zwischen Bulgarien und Griechenland ein Abkommen geschlossen, demzufolge sich die beiden Länder gemeinsam verpflichteten, alle die Grenze illegal übertretenden Personen einander auszuliefern. Allerdings tat man dies nicht in allen Fällen — es gab auch Ausnahmen. Aber mit mir, der ich als bulgarischer Kommunist bekannt war und sonst keine Dokumente hatte, wollte man nicht viel Zeremonien machen: Ich hätte sowieso keine Klage erheben können.

Zwei Monate lang saß ich in verschiedenen griechischen Gefängnissen in Erwartung meiner Ausweisung über die Grenze. Ich fühlte mich sehr schlecht: Die Schmerzen in den Beinen ließen nur langsam nach und das Fieber dauerte an. Und außerdem hat man in Griechenland die Gewohnheit, den Inhaftierten nichts zu essen zu geben. Die staatliche Verpflegung steht nur dem Verurteilten zu. Ich ernährte mich von harten Brotstücken und selten von Oliven, die verhaftete Griechen mit mir teilten. Sie erhielten von ihren Verwandten und Bekannten die notwendigen Nahrungsmittel oder kauften sie sich selbst. Die Tage

waren lang und ermüdend und erinnerten an eine langweilige Reise.

Im Dezember wurde ich krank und halbnackt, trotz der fürchterlichen Kälte, zusammen mit einem anderen Bulgaren zwecks Auslieferung an die bulgarischen Behörden an das Etappenkommando abgeliefert.

Nie werde ich die Schrecken dieser Reise im ungeheizten Zuge bis zur Grenze vergessen. Wir wurden von einem heftigen Schneegewitter überrumpelt und konnten nicht weiterfahren. Unsere Waggons blieben im Schnee stecken und der Dampfwagen lief irgendwo fort.

Hungernd, halbnackt und wie ein Bettler aussehend, litt ich fürchterlich unter der Kälte. Die Füße erfroren mir.

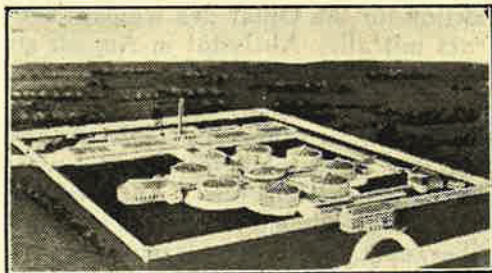
Schließlich führte man uns zu Fuß bis zur Station. Dies war eine verlassene, öde Ortschaft, eine Zwischenstation, deren Namen ich nicht behalten habe.

Man führte uns wegen der Kälte nicht in das Gebäude, in dem gewöhnlich die Gefangenen gehalten werden, sondern ließ uns in der Kaserne, zusammen mit den Soldaten und bestellte uns einen Wächter. Dort war es wenigstens warm. Drei Tage und drei Nächte blieben wir in dieser Kaserne, bis das Schneegewitter ausgetobt hatte und der Weg freigeworden war.

Unser Literaturvertrieb.

Wenn wir untersuchen, welche Möglichkeiten unserer Organisation zur Verfügung stehen, den Gedanken der praktischen Klassensolidarität mit den Opfern des proletarischen Befreiungskampfes in der breiten Masse der Werktätigen zu propagieren, so finden wir, daß in Oesterreich die Anwendung eines der wichtigsten Propaganda- und Aufklärungsmittel stark vernachlässigt wird, die Verbreitung des Literaturmaterials der Roten Hilfe.

Es muß jedem Proletarier klar sein, daß gerade eine Organisation, wie die Rote Hilfe, deren Aufgabenkreis bedeutende finanzielle Mittel bedingt, trachten muß, die einlaufenden Beträge in erster Linie zur Unterstützung der von der Reaktion verfolgten Klassengenossen zu verwenden, umsomehr, da der immer stärker einsetzende Terror die Ausgaben der Unterstützungen



Gesamtansicht des größten Gefängnisses der Welt. Illinois in Amerika.

an Emigranten, Inhaftierte, deren Familien und Kinder sowie für Rechtshilfe tagtäglich erhöht.

Wenn wir aus den vorgenannten Gründen, z. B. wegen der hohen Kosten für Plakate, Flugzettel, Fahrspesen — speziell nach den Provinzorten —, öffentliche Versammlungen nicht in dem Maße abhalten können, wie es im Interesse der Stärkung unserer Organisation notwendig wäre, so müssen eben jene Methoden angewendet werden, die mit weniger großen Ausgaben denselben Zweck erfüllen. Eines der erfolgreichsten Mittel ist die **Agitation von Mann zu Mann, mit Unterstützung unserer Literatur.**

Die Voraussetzung für einen **systematischen Vertrieb der Propagandaliteratur** ist jedoch ein **gut ausgebautes Kolporteurapparat.**

Bei jeder Zahlstelle muß, soweit dies nicht schon durchgeführt ist, ein Genosse als **Kolportageleiter** bestimmt werden, dessen Aufgabe es ist, einen verlässlichen Kolporteurstab zu schaffen und die **Kolportage systematisch auszubauen**, wie dies in dem Rundschreiben an die Funktionäre zu dieser Frage eingehender behandelt wird. Jede Gelegenheit, sei es im **Betrieb, in Versammlungen, Vereinen, Gewerkschaften, Wohnhäusern, auf der Straße**, muß benützt werden, um unsere **Broschüren und Zeitungen zu vertreiben**. Daß unsere **Kolporteur** **nie ohne Beitrittserklärungen** sein dürfen, das heißt, daß **gleichzeitig mit der Kolportage**



Ein geschnitztes Holzbild, von politisch Gefangenen hergestellt.

die Werbung neuer Mitglieder vorgenommen werden soll, ist selbstverständlich.

In jenen Zahlstellen, wo mit Ernst an den Ausbau des Literaturvertriebes herangegangen wurde, sind auch sehr schöne Erfolge zu verzeichnen. Ein Beweis, daß nicht am Material liegt, wenn eine Zahlstelle keine Literatur absetzt, sondern an der Unterlassung der Organisation der Kolportage.

Unser Bestreben muß sein, nebst Broschüren die „Rote Hilfe“ unsere Zeitschrift so zu vertreiben, daß die Auflage derselben die Zahl unseres Mitgliederstandes übertrifft und nicht umgekehrt, wie es in jedem Fall ist. Gelingt uns dies, und es uns gelingt, dann wird es uns auch möglich sein, die Zeitung besser als bisher auszugestalten, was natürlich für die Verbreitung

Fieber schüttelte mich, entsetzlicher Durst quälte mich.

„Nero! Nero!“ (Wasser! Wasser!) bat ich.

Der „Kafedschi“, Besitzer einer kleinen Kaffeebutike, ein vollbelebter Marketender mit rundem Gesicht und mitleidlosen, kleinen Augen, rannte beständig unter uns herum. Meine Bitte stieß auf verächtliches Schweigen. Er tat, als hätte er mich nicht verstanden oder nicht bemerkt. Wasser hatte er bei der Hand; es wurde mit dem türkischen Kaffee serviert und die Soldaten, die sich Kaffee bestellten, ließen gewöhnlich das Wasser unberührt. Es stand in den Gläsern auf allen Tischen.

Als aber der andere Bulgare Tee bestellte, veränderte sich der „Kafedschi“ sofort. Er brachte zwei Gläser und verbeugte sich sogar, als er sie vor uns auf den Tisch stellte. Der Tee war lauwarm, widerlich süß und verursachte nur noch größeren Durst.

„Nero! Nero!“ jammerte ich. Der Kafedschi stellte sich aber wiederum, als höre er nicht.

Ein junger griechischer Soldat kam zu uns und fragte leise, mit großer Vorsicht, sich nur halb zu uns wendend:

„Wulgäri? Kommunisteh?“ (Bulgaren? Kommunisten?) Wir bejahten seine Frage.

Er gab uns ein Stück Brot und ging weiter.

Dies überraschte uns sehr; solche Behandlung hatten wir nirgends erfahren.

Etwas später kam derselbe Soldat zurück, dieses Mal mit einem ebenso jungen und energischen Kameraden. Sie brachten uns noch Brot und Oliven.

Mein Freund und ich dankten von ganzem Herzen, wir hatten jedoch nicht die Möglichkeit, mit ihnen zu sprechen: die wenigen griechischen Worte, die ich während meiner Gefangenschaft erlernt hatte, reichten nicht aus und die Soldaten sprachen nicht bulgarisch.

Endlich fanden wir eine Lösung. Der erste Soldat flüsterte dem anderen einige Worte zu, worauf der aus seiner Tasche vorsichtig ein Stück Zeitungspapier nahm und es uns auf seiner Handfläche zeigte. Es war ein Streifen von einer griechischen kommunistischen Zeitung mit Hammer und Sichel darauf.

„Kommunistis“, sagten die Soldaten und zeigten auf ihre Brust. Wir drückten leidenschaftlich die Hände unserer Kampfgenossen.

Später fanden wir Mittel, uns anzusprechen. Ich konnte ein wenig türkisch und sie fanden einen griechischen Soldaten, der auch türkisch sprach. Mimik und Hand-

zeichen ergänzten das, was wir nicht übersetzen konnten.

Es stellte sich heraus, daß diese beiden Soldaten wegen Beteiligung an einer kommunistischen Organisation im Militär durch dieses Loch transportiert wurden, um hier „vom schlechten Einfluß der Großen zu befreien. Sie standen unter besonderer Beobachtung. Sie beklagten sich, daß sie von ihren Genossen vollständig abgeschnitten seien und gaben ihrer Freude darüber Ausdruck, daß sie uns helfen konnten.

Am Abend hatte ich schon eine alte nützte Decke und einen alten Mantel. Der Brotsack wurde voll Brot und Zwieback gestopft, man gab uns sogar Geld Drachmen — und Vaseline, mit der ich meine erfrorenen, schmerzenden Füße schmieren konnte.

Diese Begegnung, das Zuvorkommen und die brüderliche Solidarität der uns bekannten Genossen, die soviel auf sich setzten, um uns helfen zu können, flößten uns wieder Zuversicht ein. Wir wollten wieder leben, kämpfen, siegen.

Mut und Zuversicht verließen uns nicht mehr. Nach einigen Tagen, unmittelbar vor der Uebergabe an die Grenzwaache, gelang es uns, dank eines Zufalles, den wir ausnützten, zu flüchten. Das war die Rettung vor dem sicheren Tode.

tung ebenfalls vom Vorteil ist. Wie bei einer Maschine, wo ein Rad ins andere greift, jedes, wenn auch nur teilweises Versagen eines Teiles derselben, sich hemmend auf den Gang derselben auswirkt, so wird eine Organisation nur in dem Maße ihre Aufgaben erfüllen können, als es gelingt, alle ihre Glieder so zu aktivieren, daß sie jederzeit in der Lage sind, jene Möglichkeiten, die zu ihren Auf- und Ausbau notwendig sind, auch auszunützen. Es muß daher unser Bestreben sein, unseren Kolporturapparat auszubauen und mit aller Energie jene Hindernisse zu beseitigen, die in einem der wichtigsten Zweige unserer Propaganda, der Vertreibung des geschriebenen Wortes entgegenstehen.

Vorlesung Karl Kraus.

Wieder einmal hatten unsere Mitglieder die Möglichkeit einer Karl Kraus-Vorlesung im Rahmen unserer Organisation bei zu wohnen.

Wie zu erwarten war, hatte diese Vorlesung, die am 17. November stattgefunden, einen großen Erfolg. Der Saal war, in stärkerem Maße als im Vorjahre, dermaßen überfüllt, daß viele weggehen mußten, um Einlaß zu finden. Dies, obwohl wir Karten nur an unsere Mitglieder abgegeben haben.

Die Begeisterung, mit der Kraus begrüßt wurde, zeigte, daß unsere Genossen den Eindruck der ersten Vorlesung vom Vorjahre noch nicht vergessen haben. Diese Begeisterung steigerte sich nach jeder Programmnummer in nicht endenwollenden Bravo- und Hochrufen.

Nach der wunderbaren Vorlesung des ersten und zweiten Aktes »Die Weber« las diesmal Kraus einige Szenen aus seinem Buche »Die letzten Tage der Menschheit«, die mit den täglich stärkeren Kriegsrüstungen der imperialistischen Länder gegen die Sowjetunion immer größere Bedeutung bekommen.

Mit großem Applaus dankte das Publikum Karl Kraus für seinen herrlichen Vortrag »Das Schober-Lied«, welches den Präsidenten Schober so trefflich charakterisiert. Die Sonderausgabe der »Fackel« diesem Liede hat an diesem Abend bestärkenden Absatz gefunden. Mit dem Verkauf der »Internationale« wurde dieser schöne Abend geschlossen.

Der Reingewinn betrug S 615.68, der auf Wunsch Karl Kraus' zur Gänze den Opfern des 15. Juli und proletarischen politischen Inhaftierten zugeführt wird.

Zahlstelle Grünbach.

Betriebsammlung unter sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern für politisch Inhaftierte S 54.84. Vom Familienabend am 18. XI. Reinertrag 60 Schilling.

Die Arbeit der Zahlstelle Leopoldstadt.

Im Monat November hatten wir in unserer RH.-Arbeit manche Erfolge erzielt. Trotz geringer Werbearbeit nach außen hatten wir zirka 15 Neubeitritte. Unsere Hauptarbeit war aber hauptsächlich unsere Organisation. Sie erstreckte sich auf die Erfassung aller unserer Mitglieder, auf die Gewinnung neuer Funktionäre und auf die Durchführung einer restlosen Kassierung. Dies ist uns auch vollständig gelungen. Unsere zirka 450 Mitglieder werden alle erfasst, 5 neue Funktionäre wurden gewonnen und die Kassierung klappt. Daneben wurde mit der Kleidersammlung begonnen, die auch schon Erfolge hatte. Ein Genosse referierte bei der WAW. über die RH. Auf Grund dieses Referates beschloß die WAW. korporativ der RH. beizutreten und selbst einen Funktionär zur Kassierung der WAW.-Mitglieder zu stellen. Außerdem verpflichteten sie sich jeden Monat die RH.-Zeitung auf der Straße zu kolportieren. Bei der ersten Straßenkolportage, die Samstag den 24. Oktober stattfand, verkauften die WAW.-Genossen zirka 70 Zeitungen. Zur Belebung der Organisation fanden in jedem Monat zwei Mitgliederversammlungen mit Vorträgen statt. Bei dem ersten Abend, der gut besucht war, referierte ein Spartakiadeteilnehmer über Sowjetrußland. In der kommenden Woche findet ein Vortrag über den italienischen Faschismus statt. Bei der Sammlung für die Inhaftierten des 7. Oktober konnten wir innerhalb kurzer Zeit 120 Schillinge und 1 Pfund Sterling der Zentrale abliefern. Für die Kraus-Vorlesung verkauften wir 127 Karten. Auch die Kolportage der RH.-Zeitung wurde organisiert und wir haben bereits 300 Zeitungen, teils bei Veranstaltungen, teils in den Häusern verkauft. Die Hauskolportage werden wir noch besonders ausbauen, da sie die leichteste Möglichkeit ist, wie die Erfahrung lehrte, Zeitungen anzubringen und außerdem Mitglieder für die RH. zu gewinnen.

Unsere Kleidersammlung.

Um die politischen Emigranten, die aus den Terrorländern ohne Kleider und ohne Schuhe nach Österreich flüchten, vor bitterster Not und Kälte zu schützen, und um den politischen Inhaftierten warme Kleider und Wäsche in das Gefängnis schicken zu können, haben wir auch dieses Jahr eine Kleidersammlung eingeleitet.

Leider ist das Ergebnis dieser Sammlung weit hinter unseren Erwartungen zurückgeblieben. Es mangelt — bis auf einzelne Bezirke, die sich der Sache ernst angenommen haben — hier vor allem an der Aktivität der Zahlstellen.

Wir appellieren daher nochmals an unsere Funktionäre, Mitglieder und Sympathisierende, die Kleideraktion für die Opfer des weißen Terrors mit aller Aktivität in Angriff zu nehmen.

Es gilt nicht nur bei den Arbeitern zu sammeln, sondern auch bei uns nahestehenden Intellektuellen, bessersituierten Angestellten und dergleichen mehr. Wir sind überzeugt, daß unsere Genossen unseren Appell nicht unbeantwortet lassen und sich in den Dienst dieser Aktion stellen werden. Die roten Helfer Wiens werden — und dessen sind wir gewiß — dafür sorgen, daß Klassengenossen, welche die schwersten Opfer im Interesse des proletarischen Kampfes gebracht haben, in Wien nicht ohne Kleider und ohne Schuhe herumgehen sollen.

Die politischen Emigranten sind auf unsere Solidarität angewiesen, sie muß ihnen von den roten Helfern im vollsten Maße geboten werden.

Kassabericht der Österreichischen Roten Hilfe für November 1928

Einnahmen:

	Schilling
Mitgliedsbeiträge	1.508.99
Sammlungen	594.75
Spenden:	
Allgemeine	281.35
Emigration	732.40
Rechtsschutz	397.45
Propagandamaterial	133.46
Veranstaltung	1.507.23
Durchlaufende	37.81
Summe	5.193.44
Kassastand vom Vormonat	190.62
Gesamtsumme	5.384.06

Ausgaben:

	Schilling
Unterstütz. f. pol. Emigr.	2.461.30
Reiseunterstützungen für polit. Emigranten	516.—
Spesen f. Flüchtlingsbaracke	320.53
Rechtsschutz	569.—
Inhaftierten-Unterstützungen	295.—
Familienunterstützung	186.45
Propaganda	198.21
Zins, Sekretariats- und Organisationsspesen	205.84
Veranstaltung	528.96
Prozente an Organisationen	73.97
Summe	5.355.26
Saldo	28.80
Gesamtsumme	5.384.06